



Kurvenrebell

Staatsfeind Fan: Hannover 96 und Eintracht Braunschweig sind Rivalen aus Tradition. Das Fußballregionalduell ist zugleich Tummelplatz innenpolitischer Hardliner.
Von Oliver Rast

SEITEN 12/13

1.000 Probeabos für den Frieden! Siehe Seite 10

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 18. APRIL 2024, NR. 91 · 2,10 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Gekipptes Verbot

Belgien: Gericht sieht Versammlungsrecht von Nationalisten verletzt. Siehe Kommentar Seite 8

2

Werbender Kanzler

Deutsches China-Geschäft boomt. Damit das so bleibt, leistet Scholz Überzeugungsarbeit in Beijing

3

Fehlende Betten

Krankenhauslandschaft in Ostdeutschland seit 1990 stark ausgedünnt. Weitere Schließungen drohen

5

Protestierende Arbeiter

Griechenland: Generalstreik für ein »Überleben in Würde«. Kaufkraft unter dem Niveau von 2010

9

Schutzmacht für Tesla

Grünheide: Polizei kriminalisiert Besetzer in Protestcamp. IG Metall will unterdessen um jeden Job in »Gigafactory« kämpfen. Von Oliver Rast

Sie schikanieren, und das schon morgens: Tag für Tag durchstreifen Polizeikräfte das Protestcamp aus Baumhäusern und Zelten am Bahnhof Fangschleuse im ostbrandenburgischen Grünheide unweit der »Gigafactory« von Tesla. Eine Machtdemonstration. Rund 80 Aktivisten halten dort seit Ende Februar ein Waldstück besetzt; ein Areal, das der US-Elektroautobauer plattmachen will für seinen geplanten Fabriksbau, teils in einem Trinkwasserschutzgebiet.

Zunächst seien die behördlichen Stippvisiten in Begleitung des Revierförstern recht entspannt verlaufen, so Paul Eisfeld von »Tesla stoppen« am Mittwoch zu jW. In den vergangenen Tagen habe sich die Situation indes zugespitzt, »statt örtliche Polizisten kommt nun eine Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit«. Im Schlepptau Staatsanwälte und Kripobeamtete. Etwa Dienstag früh. Eine Sprecherin des zuständigen Polizeipräsidiums Potsdam bestätigte am Mittwoch gegenüber jW die härtere Gangart. Der Großeinsatz tags zuvor habe der Strafverfolgung gedient; unter anderem wegen des Vermummungsverbots. Ferner wegen Diebstahls von Holz und eines Jagdhochstands. Verstehen könne sie die Aufregung nicht, solcherlei Begehungen gebe es seit Wochen, meinte die Sprecherin. Und: Die Maßnahmen würden bis auf weiteres fortgesetzt.

Eine unverhohlene Drohung, findet Eisfeld. Und das, obwohl die Versammlung auf dem Areal seitens der Wald- und Wasserbesetzer bis zum 20. Mai angemeldet ist. Offenbar suchen Behörden händeringend nach Verstößen, um die Protestler zu kriminalisieren. Bereits die Erstanmeldung des Camps bis zum 15. März hatte das



Drohkulisse im Tagesakt: Uniformer Kontrollgang im Kiefernwald bei Grünheide unweit der Fabrik des US-Elektroautobauers

Polizeipräsidium per striktem Auflagenbescheid gerichtlich untersagen lassen wollen. Mit dem erklärten Einverständnis von Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD). Daraus wurde nichts. Die Fanboys von Tesla-Boss Elon Musk unterlagen. Zunächst. Das Verwaltungsgericht Potsdam kassierte am 19. März den Auflagenbescheid für das Camp. Daraufhin legte das Polizeipräsidium Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) ein. Nur fehlt seitdem eine schriftliche Begründung, wie OVG-Sprecherin Christiane Scheerhorn am Mittwoch im jW-Gespräch erklärte. Ohne Begründung könne das

Gericht nicht entscheiden.

Nicht nur renitente Dauercamper bereiten Musk und Co. Probleme, dazu kommt eine ausgewachsene Absatzkrise. Am Montag war bekanntgeworden: Tesla will deswegen weltweit zehn Prozent der Stellen streichen. In Grünheide könnten Medienberichten zufolge 3.000 der aktuell rund 12.500 Jobs in der »Gigafactory« wegfallen. Kurios, weil der Konzern erst kürzlich bekräftigt hatte, die Belegschaft im Rahmen der Ausbaupläne auf 22.500 Beschäftigte aufzustocken. Eine Tesla-Sprecherin dementierte eilig die Zahlen – und vermeldete zugleich, den neugewählten (unternehmensnahen) Betriebsrat

(BR) bei allen »arbeits- und mitbestimmungspflichtigen Erfordernissen« einzubeziehen. Konkreter wurde sie nicht.

Das empört Markus Sievers. Die ungewisse Situation sei für die Kollegen unerträglich, sagte der Pressesprecher der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen am Mittwoch auf jW-Nachfrage. »Niemand weiß, woran sie oder er ist.« Klar sei, dass die Metaller im Betriebsrat um jeden Arbeitsplatz kämpfen würden.

Kämpfen werden auch die Besetzer – trotz aller Polizeischikanen, versicherte Eisfeld von »Tesla stoppen«. Bis die gigantischen Ausbaupläne vom Tisch sind. Ohne Wenn und Aber.

Teheran soll bestraft werden

Brüssel: Staats- und Regierungschefs der EU beraten neue Sanktionsrunde

Zwar soll der Schaden, den die iranischen Angriffe auf Israel am Sonnabend angerichtet haben, zu vernachlässigen gewesen sein. Dennoch mehren sich Rufe nach harter Bestrafung. So wollten am Mittwochabend die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel über eine Ausweitung der bereits bestehenden Sanktionen gegen die Islamische Republik beraten. Unterstützt werden entsprechende Forderungen von der »grünen« Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, die sich zum Zeitpunkt in Israel aufhielt, dem SPD-Außenpolitiker Michael

Roth oder dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im EU-Parlament, dem Christsozialen Manfred Weber. Roth und Weber verlangten am Mittwoch auch, Irans Revolutionsgarden als »Terrororganisation« zu listen. Roth möchte zudem das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) schließen, das bezichtigt wird, Teherans Interessen zu dienen.

Am Vortag hatten bereits die USA angekündigt, neue Strafmaßnahmen gegen Iran zu verhängen. Besonders ins Visier genommen werden soll dabei das Drohnen- und Raketenprogramm Teherans. Die Sanktionen würden auch

Einrichtungen betreffen, die die Revolutionsgarden und das Verteidigungsministerium der Islamischen Republik unterstützten.

Eine mäßigende Stimme ist die Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer. In einer Mitteilung an ihre Mitglieder, aus der Reuters am Mittwoch zitierte, beklagte sie, dass die Regierung die »besonderen Beziehungen« Deutschlands zu Iran vernachlässigt habe. Der Ruf nach härteren Sanktionen kaschiere lediglich den daraus folgenden Verlust an Einfluss. Die Kammer halte daher am Grundsatz fest, gerade

in schwierigen Zeiten Gesprächskanäle offenzuhalten.

Irans Präsident Ebrahim Raisi hat unterdessen bei einem öffentlichen Auftritt am Mittwoch Warnungen an Israel vor einem weiteren Angriff erneuert. Die iranische Antwort auf die »geringste Aggression« wäre »verheerend«. Iran hatte am Sonnabend militärische Ziele in Israel beschossen, nachdem Israel zwei Wochen zuvor Irans Konsulat in Damaskus zerstört hatte. Teheran nahm für sich das Recht auf Verteidigung in Anspruch.

Jörg Tiedjen

■ Siehe Seite 7

Ukraine: Tote und Verletzte durch Raketenangriff



Kiew. Ein russischer Raketenangriff auf Ziele in der ukrainischen Großstadt Tschernigiw hat am Mittwochmorgen viele Opfer gefordert. Die Zahl der Toten sei bis zum Nachmittag auf 14 gestiegen. Zudem gebe es mehr als 60 Verletzte, darunter auch mehrere Kinder, hieß es von ukrainischer Seite. Das russische Verteidigungsministerium gab an, dass ukrainische Einheiten und Militärtechnik bekämpft worden seien. Indirekt bestätigt wurde das vom ehemaligen Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, Igor Mossijtschuk, der auf Tik Tok erklärte, dass in dem vom russischen Militär beschossenen Hotel ukrainische Soldaten einquartiert gewesen seien. Offiziell wurden diese Angaben in Kiew nicht bestätigt. Insgesamt seien 16 Gebäude beschädigt worden, teilte Bürgermeister Olexander Lomako mit. In den meisten seien durch die Druckwelle Fensterscheiben zu Bruch gegangen. (dpa/jW)

Flugabwehr: BRD will rasche Hilfe für Kiew

Berlin. Die Bundesregierung bemüht sich gegenüber anderen Unterstützern der Ukraine um kurzfristige Hilfe bei deren Flugabwehr. Es müsse »noch mal ernsthaft geschaut werden, ob noch weitere Systeme verfügbar sind, die der Ukraine schnell zur Verfügung gestellt werden können«, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amts am Mittwoch in Berlin. Nötig seien nun »Sofortlieferungen«. Die Initiative sei darauf ausgerichtet, »eine größere Menge an Staaten noch mal zu aktivieren und zu motivieren, kurzfristig etwas zu liefern«, sagte er weiter. Russland nutze mehr industriell produzierte Gleitbomben, sagte der Sprecher des Verteidigungsministeriums. »Die Ukraine braucht um so mehr weitreichende Waffensysteme.« Es fänden bereits konkrete Gespräche statt. Um welche Staaten es geht, wollte der Sprecher nicht sagen. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.767 Genossinnen und Genossen (Stand 11.12.2023)
www.jungewelt.de/lpg

